

Mehr Demokratie e.V.
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Fragen:

1)

Sind Sie für die Einführung bundesweiter Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide?

Die Frage bezieht sich auf das Initiativrecht. Die Bürgerinnen und Bürger könnten damit selbst eine Vorlage erarbeiten und bei Erreichen der erforderlichen Unterschriftenzahl eine Volksabstimmung darüber einleiten.

JA

2)

Sind Sie für die Einführung von zwingenden Referenden bei Grundgesetzänderungen? Ein Referendum bezieht sich immer auf einen bereits erfolgten, aber nicht in Kraft getretenen parlamentarischen Beschluss. In diesem Fall müsste jede Grundgesetzänderung, die eine Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat erhalten hat, auch dem Volk vorgelegt werden.

JA

3)

Sind Sie für die Einführung von zwingenden Referenden bei der Übertragung von Hoheitsrechten an die Europäische Union?

Mit diesem Referendum müssten die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland der durch Bundestag und Bundesrat beschlossenen Übertragung nationaler Kompetenzen an die Europäische Union zustimmen. Das Referendum würde bei Beschlüssen im Rahmen des Art. 23 Absatz 1 Grundgesetz erfolgen. In Europa kommt dieses Instrument bisher in der Schweiz, Irland und Dänemark zur Anwendung.

JA

4)

Sind Sie für die Einführung von fakultativen Referenden auf Bundesebene?

Beim fakultativen Referendum würde den Bürgerinnen und Bürgern ein Veto-Recht bei vom Bundestag beschlossenen aber noch nicht in Kraft getretenen Gesetzen eingeräumt werden. Das fakultative Referendum bezieht sich auf einfache Gesetzesbeschlüsse und wird erst dann eingeleitet, wenn in einer kürzeren Frist eine bestimmte Anzahl von Unterschriften gesammelt wird.

JA

5) Ihr persönliches Statement

Mit Ihrem persönlichen Statement erhalten Sie die Möglichkeit, Ihre Haltung zu begründen und den Wählerinnen und Wählern detaillierter zu beschreiben.

Es mehren sich die Fälle von Beschlüssen durch die Parlamente, über die der Bürger nur noch den Kopf schütteln kann. Oft bekommen die Menschen diese Beschlüsse nur im nach hinein mit, wenn überhaupt.

Ein aktuelles Beispiel ist die Bestandsdatenauskunft.

Hier wurde von wenigen Abgeordneten im Bundestag ein Gesetz verabschiedet, mit dem z.B. die Polizei bereits nach einer Ordnungswidrigkeit Handy- Daten (incl. PIN und PUK), Kontendaten, EMail-Passwörter usw. abfragen kann. Viele Menschen, die man darauf anspricht, haben noch nie davon gehört.

Der Bundesrat hat dieses Gesetz abgesegnet, trotz vieler Proteste, auch von Datenschützern.

Das zeigt uns, dass wir Bürger endlich mehr an demokratischen Prozessen beteiligt werden müssen und dringend ein Vetorecht benötigen. Das bedarf aber auch einer regen Beteiligung der Bevölkerung.

Schon in der Schule sollte diese Basisdemokratie gelehrt werden. Es wird etwas Zeit dauern, bis wir diese neue Möglichkeit der Mitbestimmung leben. Lasst uns gemeinsam diesen neuen Weg der Demokratie gehen.